BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN **BSH**

ADLAS

4/2010 Sonderausgabe
4. Jahrgang

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Endlich Mitreden!

Zur Lage der sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland

JUBILÄUM

25 Jahre BSH

ISSN 1869-1684

www.sicherheitspolitik.de

www.adlas-magazin.de

ANZEIGE

AKADEMISCHER NACHWUCHSFÖRDERPREIS GOLDENE EULE

3 mal 1000 Euro gewinnen!

Veröffentlichung in wissenschaftlichem Sammelband!

SICHERHEITSPOLITISCHE STREITKULTUR IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Ob Wiederbewaffnung Deutschlands, Atomausrüstung der Bundeswehr oder Nato-Doppelbeschluss – Sicherheitspolitik wurde in breiten Kreisen der Bevölkerung und im Bundestag seit der Gründung der Bundesrepublik lebhaft diskutiert. Worin könnten die Wurzeln für das gegenwärtige Desinteresse liegen?

Der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen hat für dieses Thema die „Goldene Eule“, seinen Nachwuchsförderpreis 2010, ausgeschrieben.

Studierende und Doktoranden können Arbeiten zu diesem Thema mit einem Umfang von 10.000 bis 15.000 Wörtern bis zum 1. April 2011 einreichen. Mehr Informationen unter www.sicherheitspolitik.de und unter nachwuchspreis@sicherheitspolitik.de

Ob Nato-Doppelbeschluss, Zerfall des Warschauer Paktes, Out-of-Area-Einsätze, humanitäre Intervention, Verteidigung Deutschlands am Hindukusch oder terroristische Bedrohung – an sicherheitspolitischen Themen hat es in den letzten 25 Jahren sicherlich nicht gefehlt. Verbesserungswürdig war allerdings in ebendiesen zweieinhalb Jahrzehnten die sicherheitspolitische Diskussionskultur in Deutschland: Sicherheitspolitik war und ist ein marginalisiertes Politikfeld, das in der breiten Öffentlichkeit keine Rolle zu spielen scheint. Seit 25 Jahren tragen daher der »Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen« und seine Vorgängerorganisationen das sperrige und komplexe Thema in deutsche Universitäten.

Einen Überblick über die sicherheitspolitische Debatte seit 1985 und die sicherheitspolitische Arbeit des BSH bietet diese Sonderausgabe des *ADLAS*. Damit will das Magazin seinen Beitrag leisten, mehr freundliches Interesse für Sicherheitspolitik zu wecken. Dabei helfen ein »Veteran« des ehrenamtlichen Engagements wie Christian Faul, der Gründer der »Bundesarbeitsgemeinschaft studierender Reservisten« **(Seite 10)**, oder der Ombudsmann der Bundeswehr, Wehrbeauftragter Hellmut Königshaus **(Seite 16)**. Und zum Jubiläum verzichten für den *ADLAS* fünf Volksvertreter auf Lobesreden und geben individuelle Beispiele, wie sich die Debatte verändert hat – ob zum Guten oder Schlechten **(Seite 18)**.

Allen Mitgliedern und Förderern des BSH gratuliert die Redaktion des *ADLAS* an dieser Stelle zum Jubiläum, wünscht allen Lesern eine angenehme Lektüre und ordert: Weitermachen!

INHALT

Eintagsfliegen der Aufmerksamkeit
Die Themen der sicherheitspolitischen Debatte haben sich im vergangenen Vierteljahrhundert stark gewandelt; wie auch die Art, sie zu führen. Gleich geblieben ist der Verzicht auf eine Grundlagendebatte. **Seite 5**

»Sicherheitspolitik ist ein Wachstumsmarkt«
Vor 25 Jahren gründete Christian Faul die »Bundesarbeitsgemeinschaft studierender Reservisten«. Was sich seitdem gewandelt hat, schildert er im Gespräch mit *ADLAS*. **Seite 10**

Blick zurück nach vorn
Das BSH-Jubiläum ist ein guter Anlass, um über die eigene Rolle in der sicherheitspolitischen Gemeinschaft und vor allem in der Gesellschaft nachzudenken. **Seite 12**

»Es geht um Empathie«
Wehrbeauftragter Hellmut Königshaus fordert von der Gesellschaft mehr Anerkennung für die Opfer, die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz bringen, um in Deutschland überhaupt sicherheitspolitisch debattieren zu können. **Seite 16**

Stimmen aus dem Hohen Haus
Fünf Bundestagsabgeordnete suchen nach dem Ereignis der letzten Jahrzehnte, das sicherheitspolitisch die größte Bedeutung hat. Gefunden haben sie sehr individuelle Perspektiven. **Seite 18**

Lohnt sich Engagement in der Sicherheitspolitik?
Im Ehrenamt kann man selbstbestimmt Erfahrungen machen, Teil eines Netzwerks werden und im Team arbeiten. Das passt gut in eine moderne Patchwork-Karriere. **Seite 25**

AUSBLICK: *ADLAS* 1 / 2011 **Seite 27**

IMPRESSUM **Seite 27**

Titelfoto: Bundeswehr/Sebastian Wilke

Foto: Bundeswehr/Andrea Bienert

Der Dienstsitz des Verteidigungsministeriums in der Hauptstadt baut auf Bundeswehrtradition wie hier im »Stauffenbergsaal«. Der Staatsbürger in Uniform ist in Berlin aber unterrepräsentiert – jedenfalls solange, wie die Mehrzahl der Bediensteten am Hauptsitz des Ministeriums in Bonn arbeitet.

Eintagsfliegen der Aufmerksamkeit

von Michael Seibold und Stefan Stahlberg

Deutschlands sicherheitspolitische Lage hat sich in den letzten 25 Jahren dramatisch verändert – mit ihr die sicherheitspolitische Debatte. Statt millionenstarken Demonstrationen gegen atomare Nachrüstung wie 1983 wird die Diskussion heutzutage durch das »freundliche Desinteresse« geprägt. Auch die Themen haben sich gewandelt: von Nachrüstung über Auslandseinsätze hin zur Kriegsfrage. Eines aber ist gleich geblieben: Die Debatte in Deutschland ist stark ereignisorientiert. Zu stark beschränkt sie sich auf punktuelle Fragen, zu wenig wird öffentlich über Grundlagen, über deutsche Ziele und Interessen streitgesprochen.

In den frühen 1980er Jahren war der Nato-Doppelbeschluss und seine Umsetzung das beherrschende sicherheitspolitische Thema – in beiden deutschen Staaten. Als Reaktion auf die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen vom Typ »SS-20« in den späten 1970ern hatte sich die Nato auf Anregung des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt auf eine Doppelstrategie festgelegt: Verhandlungen mit der UdSSR einerseits, um den Abzug der SS-20 aus Europa zu erreichen; Vorbereitungen für die Stationierung des US-Raketenmodells »Pershing II« andererseits für den Fall, dass diese Verhandlungen fehlschlugen. Die Gespräche scheiterten denn auch, so dass der Bundestag am 22. November 1983 nach einer lebhaften Debatte der Stationierung der Pershing II mit 286 gegen 226 Stimmen zustimmte.

Die sicherheitspolitische Auseinandersetzung fand aber keineswegs nur im Bundestag statt. Im Gegenteil: Unter dem Motto »Petting statt Pershing« demonstrierten Menschen in der ganzen Bundesrepublik gegen den Nato-Doppelbeschluss. Von Desinteresse konnte zu dieser Zeit kaum gesprochen werden: Am 22. Oktober 1983 etwa demonstrierten über eine halbe Million Menschen in Bonn für Frieden und Abrüstung. Insgesamt nahmen an diesem Tag im ganzen Land etwa 1,3 Millionen an ähnlichen Protestkundgebungen teil. Auch Soldaten waren unter denjenigen, die gegen die Nachrüstung auf die Straße gingen: »Nato-Soldaten sagen ›No!‹ zu Cruise Missiles und Pershing zwo!«, so der Slogan beteiligter Bundeswehrangehöriger. Mit Generalmajor a.D. Gerd Bastian wandte sich auch ein äußerst charismatischer hochrangiger ehemaliger Offizier gegen den Doppelbeschluss.

»Freundlich« war dieses Interesse beileibe nicht. Wiederholt verweigerten einige Aktionsbündnisse einen kompletten Gewaltverzicht. Problematisch an den Protesten war ihre Einseitigkeit: Verurteilt wurden »westliche Kriegstreiberei« und die Aufstellung der Pershing II, nicht aber die vorausgegangene Dislozierung der Mittelstreckenraketen des Warschauer Paktes. Auf der anderen Seite der Mauer zeigte sich ein ähnliches Bild: In Ost-Berlin wurden Proteste gegen die »USA-Raketen« organisiert.

Aufgeheizt wurde die Atmosphäre einerseits durch genuine Angst vor einem Atomkrieg – zu der auch die Äußerungen des US-Präsidenten Ronald Reagan beitrugen, der die UdSSR etwa als »Reich des Bösen« bezeichnete. Gleichzeitig trug das Ministerium für Staatsicherheit (MfS) der DDR seinen Teil dazu bei, den Widerstand gegen Nato und Nachrüstung zu radikalisieren. Schon in den 1980ern wurden Vorwürfe laut, Teile der Friedensbewegung seien durch Ost-Berlin fremdgesteuert, Vorwürfe, die sich nach dem Fall der Mauer bestätigten. So war beispielsweise der Generalsekretär der Organisation »Generale für den Frieden« – in ihr hatten mehrere ehemalige Nato-Generale zusammengefunden – ein Agent des MfS. Auch das Krefelder Forum wurde beispielsweise durch die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Deutsche Friedens-Union (DFU) organisiert und finanziert – die DFU war laut Verfassungsschutzbericht von 1980 »eines der Hauptinstrumente kommunistischer Bündnispolitik«.

Auch Soldaten gingen gegen die Nachrüstung auf die Straße.

Die ideologisch aufgeheizte Atmosphäre war besonders an deutschen Universitäten zu spüren (vergleiche auch das Interview mit Christian Faul in dieser Ausgabe auf Seite 10). Sicherheitspolitische Diskussionsveranstaltungen konnten an manchen Universitäten nicht zu Ende gebracht werden. In Freiburg etwa entstand ein sechsstelliger Sachschaden bei gewalttätigen Protesten gegen den Vortrag eines Bundeswehrgenerals.

Als die Geschichte 1989/90 »um die Ecke bog«, als der Ost-West-Konflikt durch den Mauerfall ein Ende fand, wurde Deutschland wiedervereint und im Rest der Welt, der bis dahin immer wieder stark die innerdeutsche Trennlinie fokussiert hatte,

Foto: Sebastian Denef

Am Kabinettstisch sitzt der Verteidigungsminister traditionell ganz außen. Ein Zeichen, dass die Bundesrepublik kein militaristischer Staat sein soll. Ein Symbol aber auch dafür, wie marginalisiert sicherheits- und verteidigungspolitische Fragen in Deutschland sind.

verschwommen die altbekannten Grenzen. Von der »Berliner Republik« wurde jetzt ein Beitrag zur internationalen Konfliktverhütung und Kriseneindämmung gefordert. Im Golfkrieg 1990/91 kaufte sich die deutsche Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl noch mit der so genannten Scheckbuchdiplomatie frei. Die Verlegung deutscher Jagdbomber »Alpha Jet« zum Schutz der türkisch-irakischen Grenze wurde selbst von den türkischen Militärs belächelt – und sie ging einher mit teils massiven Protesten der Piloten gegen diese unvorhergesehene Auslandsverwendung.

Von 1991 bis 1993 waren bis zu 150 deutsche Sanitätssoldaten in Kambodscha eingesetzt. Die »Engel von Phnom Penh« betrieben ein Feldlazarett in der kambodschanischen Hauptstadt und brachten Deutschland nicht nur ein wenig mehr Ansehen ein: Unter ihnen war auch der erste Gefallene der Bundeswehr bei einer Mission der Vereinten Nationen. Bis Ende 1995 war die Bundeswehr in der Türkei, in Somalia, Kambodscha, Georgien, Ruanda, Kroatien, Irak, Bosnien-Herzegowina und in der Adria mit Kontingenten aller Teilstreitkräfte im Einsatz.

Natürlich verliefen diese Beteiligungen nicht ohne eine innerdeutsche Diskussion. Eine der am intensivsten geführten war und ist die »Out of area«-Debatte. Sollen, ja dürfen deutsche Soldaten nicht nur außerhalb von Deutschland eingesetzt werden, sondern auch außerhalb des Bündnisgebiets der Nato?

Während sich etwa die Hälfte der Deutschen in repräsentativen Umfragen im Jahr 1991 dafür aussprach, deutsche Soldaten lediglich im Nato-Vertragsgebiet zu stationieren, befürwortete 1996 eine Mehrheit der Deutschen nach einem Jahr Einsatz im ehemaligen Jugoslawien Auslandseinsätze der Bundeswehr ganz allgemein. Dazwischen hatte das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1994 die grundsätzliche Rechtmäßigkeit von Auslandseinsätzen unter UN-Mandat festgestellt, wenn der Bundestag mit einfacher Mehrheit zustimme.

Seitdem war die Bundeswehr an 35 abgeschlossenen und laufenden Missionen beteiligt – eine Zahl, der sich mit Sicherheit die wenigsten der Deutschen bewusst sind. 2010 etwa stehen deutsche Soldaten nicht nur in Afghanistan, Kosovo oder vor den Küsten Somalias und des Libanon im Einsatz, sondern auch immer noch mit kleinen Abteilungen im Kongo, Sudan, Djibouti, Libanon, Kambodscha, Uganda und im Baltikum.

Von der Scheckbuch-Diplomatie bis zum Irak-Basta

Das Jahr 1999 wurde zur Zäsur bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik, denn im Rahmen des Kosovo-Krieges war auch die Bundeswehr erstmals an Kampfhandlungen beteiligt. Die zweite Nato-Intervention auf dem Balkan innerhalb von vier Jahren wurde im deutschen Parlament intensiv debattiert. Besonders pikant war die damalige politische Konstellation, denn mit Bundesaußenminister Joschka Fischer unterstützte der informelle Führer der Bündnisgrünen – in den 1980er Jahren noch als Protestpartei gegen Nato-Doppelbeschluss entstanden – den Einsatz im Kosovo. Von Abgeordneten der PDS als »Kriegstreiber« bezeichnet, verwies Fischer auf den »Zweckpazifismus der DDR-68er, die damals in einem Anfall von Internationalismus in die ČSSR einmarschiert sind«.

Aufgrund der problematischen Rechtslage – die Nato-Luftschläge erfolgten ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates – zog sich der Streit quer durch alle Parteien. Befürworter des Einsatzes waren neben Fischer und Bundeskanzler Gerhard Schröder auch die Spitzen von CDU und FDP. Gegen Nato-Luftschläge sprachen sich dagegen Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der ehemalige CDU-Abgeordnete Alfred Dregger und die Grünen-Politikerin Claudia Roth aus. Die emotionalen Bundestagsdebatten fanden in der Öffentlichkeit allerdings nur wenig Widerhall. Zahlenstarke Demonstrationen wie in den 1980ern blieben aus. Die Bemühungen einzelner Aktionsbündnisse fanden 1999 dagegen kaum Widerhall. Grund dafür war auch die generelle Zustimmung zu den Nato-Luftschlägen, die sich wenn nicht auf der Straße so wenigstens in Umfragen deutlich machte: Im April 1999 waren etwa 53 Prozent der Befragten für die Luftangriffe, nur 35 Prozent dagegen. Gleichzeitig wuchs allerdings die Angst der Bevölkerung vor einer Ausweitung des Krieges und so sprachen sich dann 61 Prozent gegen den Einsatz von Nato-Bodentruppen aus.

Neues Feuer erhielt der Streit um den Kosovo-Einsatz noch einmal im Februar 2001 durch die *WDR*-Dokumentation »Es begann mit einer Lüge«. Sie versuchte nachzuweisen, dass die Bundesregierung in ihrer Begründung für den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo bewusst gelogen habe. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* warf Mathias Rüb den Machern vor, »Bulldozer-Journalismus« zu betreiben. Journalisten und Politiker hielten den Dokumentaristen vor, einseitig Quellen ausgewählt und damit ihrerseits Geschichtsfälschung betrieben zu haben. Ein Konsens der Meinungen wurde nie erreicht.

Als sich 2002 der Irakkrieg anbahnte, begann ein nächster, wichtiger Abschnitt der sicherheitspolitischen Debatte. Bereits 1991 hatte der Golfkrieg die deutschen Gemüter erhitzt, aber im Herbst 2002 herrschte zudem noch Bundestagswahlkampf, der die Diskussionen umso mehr anstachelte. Dabei wollte das Thema zunächst nicht so recht zünden. Aber spätestens mit einer Rede Dick Cheneys Ende August 2002, in der der amerikanischen Vizepräsidenten warnte, Saddam Hussein würde bald im Besitz von Atomwaffen sein, wurde die reale Kriegsgefahr deutlich, auf die Schröder und Fischer bereits seit Wochen hingewiesen hatten.

Der damalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) vermutete denn auch, der Feldzug gegen Saddam sei längst beschlossen: »Die Diskussion geht nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie, Wann und die Folgen.« Die war sich Regierung einig, dass es keine deutsche Unterstützung für die Amerikaner geben werde.

Foto: Bundeswehr/Andrea Bienert

Die Konsequenz des Bundeswehr-Engagements wird beinahe versteckt. Hinter dem Verteidigungsministerium gedenkt seit 2009 ein Ehrenmal zentral der im Dienst umgekommenen deutschen Soldaten. Oft sind es nur die Gefallenenmeldungen, die die breite Öffentlichkeit aufmerksam machen.

»Freundschaft ja, Unterordnung nein«, sagte Kanzler Schröder auf einer Wahlkampfveranstaltung und legte damit die Haltung Deutschlands fest. Die Unionsparteien um den Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber (CSU) versuchten zunächst zu relativieren und sich nicht in dem Maße festzulegen. Von den Außenpolitikern Wolfgang Schäuble und Friedbert Pflüger wurde von »Optionen« und »Drohkulissen« gegenüber Bagdad gesprochen. Schäuble war sogar der Auffassung, »wo Einsicht fehlt, muss Zwang nachhelfen.«

Doch diese Haltung wurde schnell aufgegeben, nachdem die Unionswahlkämpfer festgestellt hatten, dass Schröders Antikriegskurs auf breite Zustimmung unter den Deutschen stieß. Dementsprechend sah sich der CSU-Landesgruppenchef Michael Glos zum Einschwenken auf das radikale »Nein« des Kanzlers gezwungen: »Es besteht bei uns keinerlei Absicht, sich an einem militärischen Abenteuer irgendwo in der Welt zu beteiligen. Das kann ich auch für unseren Kanzlerkandidaten sagen.« Für einen Erfolg Stoibers kam der Wandel zu spät: Der rot-grüne Wahlsieg war auch mit der Haltung gegenüber dem sich anbahnenden Irakkrieg ermöglicht worden. Doch das transatlantische Verhältnis war zerrüttet, so sehr sogar, dass US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld meinte, selbst ein Kehrtwende der deutschen Regierung in der Irakfrage würde es nicht heilen können.

Allerdings stellten die amerikanischen und israelischen Wunschzettel – Überflugrechte, Schutz der amerikanischen Stützpunkte in Deutschland, Fuchs-Radpanzer und finanzielle Mittel für den Wiederaufbau – den wiedergewählten Kanzler und sein Kabinett vor ein Problem. Noch im August hatte Schröder bekräftigt: »Die Zeit der Scheckbuchdiplomatie ist endgültig zu Ende.«

Aber dass Deutschland als logistische Basis für die Amerikaner dienen würde, stand fest. Und für die »uneingeschränkte Solidarität«, die Schröder den USA nach den Anschlägen vom September 2001 bekundet hatte, würde Deutschland zahlen

müssen. So beklagte der unterlegene Kanzlerkandidat auch, bei Schröders »Nein« handele es sich um »die größte aller Wahllügen«. Wie sehr die Deutschen der drohende militärische Konflikt beschäftigte, lässt sich anhand der Auftaktdemonstration am 15. Februar 2003 in Berlin bemessen. Laut Polizeiangaben waren bis zu einer halben Million Menschen auf den Straßen, um unter dem Motto »Kein Krieg in Irak – Kein Blut für Öl« zu demonstrieren. Selbst drei Bundesminister nahmen an diesem Protest teil: Jürgen Trittin, Renate Künast von den Bündnisgrünen und die Sozialdemokratin Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Die letzte große sicherheitspolitische Kontroverse entspann sich um Äußerungen des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler im Mai 2010. In einem Radiointerview hatte Köhler deutsche Interessen – vor allem Wirtschaftsinteressen – in Zusammenhang mit dem Gebrauch militärischer Mittel gebracht. Deutschland sei auf dem Wege, »in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land mit dieser Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren«.

Auch wenn Köhler nicht der erste war, der auf diesen Zusammenhang hinwies – neben dem Weißbuch des Verteidigungsministeriums von 2006 hatte schon Bundespräsident Walter Scheel in den 1970ern in ähnlicher Richtung argumentiert –, so kam schnell Widerspruch auf: Der Grünenpolitiker Jürgen Trittin etwa sprach von »Kanonenbootpolitik«. Verfassungsrechtler Ulrich Preuß sah in den Äußerungen eine »durch das Grundgesetz schwerlich gedeckte Erweiterung der zulässigen Gründe für einen Bundeswehreinsatz um wirtschaftliche Interessen«.

In Schutz genommen wurde das Staatsoberhaupt dagegen durch den CDU-Politiker Ruprecht Polenz – Köhler habe sich missverständlich ausgedrückt – und durch die FDP-Politikerin Elke Hoff. Sie verwies auf das Weißbuch der Bundeswehr und die europäische Antipiraterie-Mission »Atalanta« vor der Küste Somalias, die dem Schutz der Handelswege diene. Die Aufregung um die Aussagen Köhlers mochte sie daher nicht verstehen. Abseits der medialen und parteipolitischen Debatte wurden die vermeintlich brisanten Äußerungen nicht wahrnehmbar diskutiert: Das Thema flammte kurz auf, aber nach Köhlers Rücktritt ebenso schnell auch wieder ab. Als ein halbes Jahr später Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg vor einer Kommandeurstagung der Bundeswehr sich ähnlich äußerte, war ein nur noch lauwarmer Widerspruch nach zwei Tagen verebbt. Dabei hatte das beliebteste Kabinettsmitglied ebenso wie Horst Köhler die Begrifflichkeiten »wirtschaftliche Interessen« und »militärische Mittel« ganz eng beieinander gerückt.

Das militärische Mittel, die Bundeswehr selbst, einer der Hauptträger von deutscher Sicherheit, bleibt nur für wenige Fachleute permanent von Interesse. Eine schweigende Mehrheit der Deutschen nimmt seit dem Ende des Kalten Krieges den schleichenden Wandel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik hin.

Deutschlands Sicherheit wird auch in Beirut, Darfur, Djibouti, Estland und Kambodscha verteidigt.

Dabei gereicht die stillschweigende Akzeptanz der Verhältnisse den Streitkräften noch nicht einmal immer zum Vorteil, denn die Uniformträger fühlen sich von der Mehrheit der Zivilisten unverstanden und von der Politik vernachlässigt. Der Abgang von Bundespräsident Köhler, der das mittlerweile geflügelte Wort vom »freundlichen Desinteresse« für die deutschen Soldaten geprägt hatte, verdeutlicht eben dieses Desinteresse: Eine von der breiten Öffentlichkeit getragene Grundsatz- und außen- und sicherheitspolitische Wertedebatte findet abseits spektakulärer – aber isolierter – Einzelthemen nicht statt. ◂◂

»Sicherheitspolitik ist ein Wachstumsmarkt«

Interview: Michael Seibold

Vor 25 Jahren gründete Christian Faul die »Bundesarbeitsgemeinschaft studierender Reservisten«. Damals beherrschte die Diskussion um den Nato-Doppelbeschluss die Arbeit, heute geht es darum, Deutschlands Sicherheitsinteressen neu zu definieren. Das sollte über ein leistungsfähiges akademisches Institut geschehen, meint Faul – unabhängig von staatlichen Think Tanks.

ADLAS: Lohnt es sich für junge Studierende, sich angesichts straffer Studienpläne für Sicherheitspolitik zu engagieren?
Christian Faul: Sicherheit ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Sicherheit. In anderen Staaten dieser Welt wird eine lebhafte öffentliche Debatte um sicherheitspolitische Ziele und Interessen geführt. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist so eine Diskussionskultur notwendig. Bis wir in Deutschland in dieser Hinsicht das Niveau unserer Verbündeten erreicht haben, liegt immer noch ein weiter Weg vor uns. Es ist daher, für die Gemeinschaft aber auch für den Einzelnen sinnvoll, Teil einer entstehenden *strategic community* zu sein. Nicht zuletzt, weil eine solche gut ausgebildetes Personal benötigt. Hier eröffnen sich also zunehmend Berufschancen – auch wenn ich einräume, dass dieser Markt zurzeit noch unterentwickelt ist.

Was unterscheidet ein Engagement im Bereich Sicherheitspolitik von Mitarbeit in anderen sozialen Themenfeldern?
Sicherheit und Sicherheitspolitik sind ein zentraler Bereich, der an Bedeutung sicherlich viele andere Bereiche überlagert – oder überlagern sollte. Das ist eine massive Veränderung verglichen mit der Situation der Achtzigerjahre. Damals war es angesichts der Emotionen, die vom Nato-Doppelbeschluss ausgelöst wurden – und die auch politisch instrumentalisiert wurden – nicht möglich, objektiv und sachlich über Sicherheitspolitik zu diskutieren. Das hat sich heute geändert: Das Wort unseres ehemaligen Bundespräsidenten vom »freundlichen Desinteresse« ist für mich kein negativer Befund. Im Gegenteil: Es ist die Voraussetzung dafür, eine inhaltlich anspruchsvolle und auch öffentlich geführte Diskussion möglich zu machen ohne in Floskeln und Emotionalität zu verfallen. Der fundamentale Unterschied zwischen Sicherheitspolitik und anderen Bereichen ist die Bedeutung, die dieser Bereich für unsere Gesellschaft insgesamt hat. In der sich globalisierenden Welt werden wir nicht vermeiden können, dem Bereich Sicherheit und Sicherheitspolitik in Zukunft mehr Gewicht beizumessen als wir das bisher getan haben. Sicherheitspolitische Forschung und Diskussion sind Bereiche, die sich in Zukunft deutlich ausdifferenzieren und wachsen werden: Sicherheitspolitik ist ein Wachstumsmarkt.

Wie war die Stimmung in den Achtzigern? Was war damals schwieriger, was war leichter?
Die Atmosphäre auf dem Campus war eine völlig andere: Wir standen unter dem massiven Eindruck der Gegensätze zwischen Warschauer Vertrag und Nato – und mussten uns positionieren. Die akademische Jugend hat sich damals überwiegend nicht – oder zumindest nicht eindeutig – hinter die Nato gestellt. Diejenigen, die das dennoch taten, setzten sich ständig einem erheblichen Rechtfertigungsdruck aus, der im Laufe der Achtzigerjahre zudem kontinuierlich zunahm. Es war damals ungleich schwerer als heute, junge Studierende dazu zu

motivieren, sich für das einzusetzen, was sie für richtig hielten. Heute ist es gerade der Wegfall der Bedrohung, der den Anschein erweckt, es sei nicht nötig, sich über Dinge wie Sicherheit und Verteidigung Gedanken zu machen. Damit ist der Anlass für Diskussion entfallen. Das gilt umso mehr, da es in Deutschland keine Tradition gibt, die eigenen sicherheitspolitischen Ziele und Interessen zu betrachten. Eine Diskussion über berechtigte eigene Interessen im Gesamtkontext der Interessen anderer wird in Deutschland nur von Fachpolitikern geführt und nicht, wie in anderen Ländern, von der Öffentlichkeit oder der akademischen Öffentlichkeit.

»Freundliches Desinteresse ist für mich kein negativer Befund.«

Gibt es Kontinuitäten und Bruchlinien in der Art, die Debatte zu führen?
Eine Sache ist in den letzten 25 Jahren gleich geblieben: Es ist auffällig, dass der größte Teil derer, die sich auch akademisch für Sicherheitspolitik interessieren, einen Bundeswehrhintergrund haben. Das ist kein Zufall, denn Soldaten müssen sich sehr aktiv mit dem auseinandersetzen, was sie tun. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Es bleibt zu hoffen, dass auch in Zukunft genug junge Frauen und Männer die Streitkräfte studierfähig verlassen. Abgenommen hat hingegen die Bereitschaft, Diskussionen mit passiver Gewalt zu verhindern. Heute kann an den meisten Universitäten sachlich diskutiert werden: Die Streitkultur hat sich deutlich verbessert, eine Chance, die es zu nutzen gilt.

Was war damals die wichtigste Aufgabe junger Sicherheitspolitiker?
Damals musste der heranwachsenden akademischen Jugend die Nato den Umstand, dass unsere Gesellschaft verteidigungswert ist, bewusst machen. Ohne dieses Bewusstsein hätte der kommunistische Block seine militärische Macht unter Umständen in politische Macht umwandeln können. Dem sind wir entgegengetreten, denn Anfang der Achtzigerjahre war die Zustimmung zum Bündnis und zur Bundesrepublik Deutschland schon sehr weit unterminiert. Der Überlebenswille mancher Teile der Gesellschaft war da bedrohlich gering ausgeprägt.

Hat sich das bis heute verändert?
Diese Notwendigkeit gibt es heute nicht mehr. Sicherheitspolitische Arbeit ist heute viel differenzierter und damit auch spannender. Es gilt, eine Diskussion zu führen, um eine bessere, friedlichere und prosperierende Zukunft unseres Landes zu erreichen und aus verschiedenen Ansätzen dafür die überzeugendste Lösung zu finden. Diese Diskussion sollte nicht beschränkt sein auf die wenigen, die vom Staat dafür bezahlt werden. Denn die Erfahrung lehrt, dass ein akademischer, breit geführter und offener Diskurs zu besseren Lösungen gelangt als Auftragsforschung, die kurzatmig politischen Notwendigkeiten folgen muss. Ziel langfristiger sicherheitspolitischer Arbeit sollte es daher auch sein, einen Beitrag zur Institutionalisierung sicherheitspolitischer Forschung in Deutschland zu leisten. Diese Forschung darf nicht parteigebunden sein oder ausschließlich vom Staat betrieben werden, denn das Thema betrifft die ganze Gesellschaft. Genau hier kann der BSH einen Beitrag leisten und mögliche Strukturen vorschlagen und mitgestalten. In vielen anderen Staaten gibt es eine solche breite Debatte – sie stünde auch Deutschland gut zu Gesicht. Daran mitzuarbeiten ist eine notwendige, aber auch interessante und spannende Aufgabe. Ein erster Schritt, der leider bisher noch nicht stark genug verfolgt wird, wäre der Aufbau eines leistungsfähigen Alumni-Netzwerks der ehemaligen BSHler. Derzeit verlieren wir leider zu viele hervorragende Leistungsträger aus den Augen. ◂◂

Christian Faul

Jahrgang 1962, ist seit 2008 Vizepräsident des Reservistenverbandes der Bundeswehr.

Blick zurück nach vorn

von Ludwig Eickemeyer

25 Jahre sicherheitspolitische Arbeit im BSH sind ein guter Anlass, um über die eigene Rolle in der sicherheitspolitischen Gemeinschaft und vor allem in der Gesellschaft nachzudenken. Die Gründung des BSH geschah in Zeit des Nato-Doppelbeschlusses – heute stehen wir einer ganz anderen Situation gegenüber.

▸▸ Vor 25 Jahren war die sicherheitspolitische Lage – im Vergleich zu heute – noch fast übersichtlich. Der Vermittlungsauftrag, den sich der BSH damals gab, war jedoch von Herausforderungen geprägt: Ebenfalls (sicherheits-)politisch interessierte Gruppen hielten den BSH für einen militaristischen Verband. So ein Verband musste natürlich mit Gewalt an seiner Arbeit gehindert werden, um die eigenen pazifistischen Ideale nicht zu gefährden. Immerhin: Ein sicherheitspolitisches Interesse war in weiteren Kreisen der Bevölkerung vorhanden und ein Diskurs wurde – wenn auch leider manchmal mit Fäusten – lebhaft ausgetragen.

Heute hat sich die sicherheitspolitische Situation grundlegend geändert. Die klare Konfrontation, die geografisch und ideologisch genau zu verorten und damit für jedermann nachvollziehbar war, ist Vergangenheit. Die heute sicherheitspolitische Lage ist vor allem von Unsicherheit geprägt. Klare Grenzen gibt es nicht mehr.

Natürlich bedeutet dies nicht, dass die Bedrohungsintensität zurückgegangen oder ihr potenzieller Einfluss auf unsere Gesellschaft abgenommen hat. Was aber abgenommen hat, ist die Aufmerksamkeit, die die Gesellschaft der Sicherheitspolitik entgegenbringt. Damit einher geht ein Verlust der Legitimität des Sektors, oder besser: der sicherheitspolitischen Gemeinschaft. Sicherheitspolitiker, Akademiker, entsprechende Wirtschaftszweige und andere Mitglieder dieser Gemeinschaft sehen sich mit kritischen Fragen nach der Nützlichkeit ihres Wirkens konfrontiert. Diese Fragen laufen schließlich auf eine hinaus: Warum bezahlen wir das eigentlich alles?

Nur wenige sehen Sicherheit als einen Wirtschaftsfaktor. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, bezeichnet Sicherheit als ein »knappes Gut« und damit mit als eine der Grundlagen unseres Wohlstandes. Die Worte des ehemaligen Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Oberst Bernhard Gertz, Sicherheitspolitik sei »immer auch Sozialpolitik«, teilen die Wenigsten.

Klare Grenzen gibt es nicht mehr.

An der Schnittstelle zwischen der Gesellschaft und der sicherheitspolitischen Gemeinschaft fehlen offensichtlich die Vermittler. Zwar gibt es eine kleine sicherheitspolitische Gemeinschaft in Deutschland. Sie begnügt sich aber zu häufig damit, ein Kreis der »sicherheitspolitisch Eingeweihten« zu sein. Wohlfeile Beschwerden, man

werde nicht zur Kenntnis genommen oder ignoriert, sind dort gern gehört. Anstrengungen, die eigene gesellschaftliche Relevanz nachzuweisen und sich zu öffnen, lassen sich zu oft vermissen.
Der BSH ist mit dem Anspruch angetreten, in der sicherheitspolitischen Gemeinschaft für frischen Wind zu sorgen. So war es richtig und wichtig, zur Zeit der Blockkonfrontation den studierenden Reservisten auf dem Campus Stimme und Gesicht zu geben. Auf das Ende des Kalten Krieges und die damit einhergehenden neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen galt es jedoch zu reagieren. Zugegeben: Auch wir haben Zeit gebraucht, um aus dem Kreis der (sicherheitspolitisch) Eingeweihten auszubrechen und uns aktiv an die Gesellschaft zu wenden.

Mit der vor fünf Jahren heftig umstrittenen Änderung des Namens »Bundesarbeitsgemeinschaft Studierender Reservisten« in »Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen« wurde deutlich, dass im sicherheitspolitischen Nachwuchs eine Einsicht gereift war: Um dem Thema Sicherheitspolitik zu mehr Akzeptanz zu verhelfen, ist es notwendig, abgrenzende Attribute über Bord zu werfen und der Debatte eine offene Plattform zu geben. Der BSH hat damit seine Integrations- und Multiplikationsfähigkeiten vervielfacht. Anders als noch vor wenigen Jahren ist es heute ein normaler Zustand, dass sich in seinen Reihen Frauen und Wehrdienstverweigerer befinden. Der Diskurs findet jetzt auf einer breiteren Ebene statt und ist fruchtbarer und vielfältiger geworden.

Dem BSH gelingt es heute, unvoreingenommen Menschen mit den verschiedensten persönlichen und beruflichen Hintergründen für das Thema Sicherheitspolitik zu interessieren und zu begeistern. Die Mitglieder des BSH wirken dabei nicht nur kurzfristig als Multiplikatoren, vielmehr bleiben sie ihr Leben lang dem Anliegen gewogen.
Der BSH sorgt damit für eine höchst effektive Vermittlung von sicherheitspolitischen Themen, er gewinnt Menschengruppen für das Thema, die wiederum ihrerseits als Multiplikatoren auftreten. Dank der stetigen Unterstützung des Reservistenverbandes stehen dem BSH Mittel und Ressourcen zur Verfügung, die er effizient für seine Arbeit eingesetzt. Gemeinsam mit dem Förderverein Sicherheitspolitik an Hochschulen (FSH) stellt er darüber hinaus ein langfristiges Netzwerk zur Verfügung.

Im sicherheitspolitischen Nachwuchs war Einsicht gereift.

Aus dem BSH heraus entstehen bewundernswerte und trotz der Ehrenamtlichkeit sehr arbeitsaufwändige und professionelle Initiativen: Man denke nur an die Schriftenreihe »Wissenschaft und Sicherheit« und deren Pendant im Internet, »WiSi-online«, oder die vorliegende Publikation. Auch für die vielen weniger sichtbaren aber aufwändigen Aufgaben finden sich im BSH engagierte Menschen, sie kümmern sich um die Pressearbeit, die Betreuung der Hochschulgruppen und viele andere Dinge mehr: Sie sind eben eingefleischte Sicherheitspolitiker. Natürlich darf auch der persönliche Mehrwert dieses Engagements nicht vergessen werden: Neben der akademischen Ausbildung an der Uni werden im BSH praktische Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, die zweifellos berufsrelevant sind. Diese Fähigkeiten – wie Projektmanagement, Kommunikationsfähigkeit auf allen Ebenen, politisches Gespür – sind in Studium und Berufsleben äußerst wertvoll. Auch hier erbringt die sicherheitspolitische Arbeit einen gesellschaftlichen Mehrwert.

Die letzten Vertreter der Generation derer, die den Verband nach außen geöffnet haben, übergeben in diesem Jahr die Verantwortung an eine neue Generation des sicherheitspolitischen Nachwuchses. Sie werden den BSH in der Mitte der Gesellschaft weiter etablieren und dafür eintreten, dass sicherheitspolitische Gemeinschaft und Gesellschaft weiter zusammenwachsen. ◂◂

Ludwig Eickemeyer *hat Politik, Geschichte und Rechtswissenschaft in Dresden studiert. Er arbeitet für ein Medienunternehmen in Brüssel und ist Vorsitzender des BSH.*

Endlich Zuhören?

Das mediale Interesse an Sicherheitspolitik in Deutschland geht über Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hinaus – ist dank seiner sicher noch einmal sprunghaft gestiegen. Auch ist ein Wandel in der Öffentlichkeitsarbeit seines Ministeriums spürbar. Gilt die neue Aufmerksamkeit aber nur der Person oder dem Ressort?

Foto: Bundeswehr/Sebastian Wilke

Indes kommt der Bürger medial ständig mit Sicherheitspolitik in Berührung – von Terrorwarnungen über Gipfelnachrichten zu Gefallenenmeldungen aus Afghanistan. Bei der Flut an Informationen fällt jedoch eines oft unter den Tisch: das Verstehen. Sicherheitspolitische Bildungsarbeit ist daher heute wichtiger denn je.

»Es geht um Empathie«

Foto: Frank Ossenbrink

Interview: Stefan Stahlberg

Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus fordert Verständnis und Respekt für die deutschen Soldatinnen und Soldaten als Grundlage einer sicherheitspolitischen Debatte. Sich die Belastungen des Bürgers in Uniform vor Augen zu führen, ist auch eine Aufgabe der interessierten Studierenden.

ADLAS: Herr Königshaus, die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland scheint konjunkturellen Schwankungen zu unterliegen: Eine breite Öffentlichkeit beteiligt sich nur je nach Nachrichtenlage. Was halten Sie von der sicherheitspolitischen Diskussionskultur der »Berliner Republik«?

Hellmut Königshaus: Das ist eine Frage, die Politik und Gesellschaft berührt. Der Wehrbeauftragte hat sich nicht in die fachliche Diskussion einzumischen. Es ist nicht meine Aufgabe, politische Entscheidungen oder den Verlauf von Debatten zu kommentieren. Meine Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Rechte der Soldatinnen und Soldaten gewahrt werden. Und da stelle ich fest, dass es mit der Anerkennung der Leistungen von Soldatinnen und Soldaten bei uns in Deutschland nicht sonderlich weit her ist. Hier müssen wir viel tun. Es muss ein Verständnis dafür entstehen, dass jeder, der als Soldat in den Einsatz geht, zunächst einmal ein Opfer bringt, und zwar unabhängig von der Frage, ob er körperliche oder physische Schäden erleidet. Allein schon der Umstand, für längere Zeit getrennt von seinen Angehörigen zu sein, ist eine schwere Belastung. Die Arbeit der Soldatinnen und Soldaten verdient höchsten Respekt. Ich würde mich freuen, wenn die Gesellschaft das deutlich mehr wahrnähme und auch die Medien das deutlich besser darstellen würden. In einem großen deutschen Magazin stand kürzlich ein Bericht über die Situation von Soldaten und die Belastungen in Afghanistan. Aber dieses deutsche Magazin hat nicht einen deutschen, sondern einen amerikanischen Soldaten porträtiert. Da frage ich mich: warum? Wir müssen lernen, der Gesellschaft zu vermitteln, dass nicht nur die Verbündeten erhebliche Belastungen hinnehmen, sondern dass das genauso unsere deutschen Soldatinnen und Soldaten betrifft.

Das heißt, Sie halten die Debatte in Deutschland für nicht ausreichend?

Nein, das hat damit nichts zu tun. Es geht nicht um eine Debatte. Es geht darum, zunächst einmal Empathie zu empfinden und wahrzunehmen, was unsere Streitkräfte – vor allem die im Einsatz – eigentlich machen. Da geht es gar nicht um die Frage, ob man nun für oder gegen den Einsatz in

Afghanistan oder anderswo ist oder ob man die Politik der Bundesregierung richtig findet. Es geht schlicht um die Anerkennung dessen, was die Menschen, die Soldatinnen und Soldaten, im Auftrag unseres Landes dort leisten. In anderen Ländern gibt es eine ganz andere Kultur der Anerkennung. Ein bisschen davon wünsche ich mir auch für Deutschland, daran müssen wir arbeiten. In den USA zum Beispiel sind auch beileibe nicht alle Bürger für den Einsatz ihrer Streitkräfte in Afghanistan, aber dort ist es keine Frage: »Wenn unsere Frauen und Männer im Ausland ihren Job machen, dann weiß ich das zu schätzen. Ich weiß, die tun das auch für mich«, heißt es dort.

Also fehlt Ihnen Empathie in der Diskussion um die Auslandseinsätze?
Mir fehlt die Anerkennung der Leistungen, die unsere Soldatinnen und Soldaten gerade auch im Einsatz bringen – und mir fehlt es an Rückhalt für die Soldaten in der Gesellschaft. Unsere Soldaten werden vom Parlament, also im Auftrag unserer Gesellschaft, dort hingeschickt. Da ist es doch nicht zuviel verlangt, dass Soldaten die gleiche Anerkennung entgegengebracht wird wie Sanitätern, Polizisten oder Feuerwehrleuten, die alle genauso pflichtbewusst ihren Dienst für die Gesellschaft tun. Die Anerkennung der Leistung von Soldaten darf nicht davon abhängen, ob man für oder gegen einen bestimmten Einsatz ist.

»Die Beschwernisse der Soldaten auch in der Wissenschaft zur Kenntnis nehmen«

Es scheint ja, dass es die Leute im Grunde gar nicht interessiert, was die Soldaten machen …
Es gibt alle Aspekte. Es gibt einerseits ein sehr gutes und freundliches Interesse. Und es gibt leider eine breite Schicht, die sagt, »Es geht mich nichts an, was die Soldaten tun.« Gegen diese gleichgültige oder sogar ablehnende Haltung müssen wir ankämpfen. Wenn wir nicht aufpassen und Geleistetes nicht anerkennen und wertschätzen, dann findet sich bald niemand mehr bereit, auch andere gefährliche Aufgaben, sei es als Feuerwehrmann oder als Polizist, wahrzunehmen.

Aber genau dieser Gleichgültigkeit wirken ja auch Sie entgegen, indem Sie Diskussionen anstoßen, zum Beispiel über die Ausrüstungsdebatte …
Das hoffe ich, dass ich die auslöse. Gott sei Dank mit einigem Erfolg.

Was können aus Ihrer Sicht Studentinnen und Studenten, die sich mit der Thematik beschäftigen, zur sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland beitragen?
Zunächst einmal, indem sie sich mit der Frage befassen, was für schwere und konkrete Opfer und Entbehrungen unsere Soldatinnen und Soldaten, aber auch ihre Angehörigen auf sich nehmen. Lasten, die jeder Soldat auf sich nehmen muss. So ist zum Beispiel die räumliche Trennung von den Angehörigen für einen großen Teil der Soldatinnen und Soldaten eher der Normalfall als die Ausnahme: Es geht dabei ja nicht nur um die Zeit im Auslandseinsatz, es geht um Vorbereitung auf den Einsatz und Fortbildungen, die nur sehr selten heimatnah stattfinden, und es geht um häufige Versetzungen und damit verbundenes »Pendeln« zwischen Wohnort und Kaserne. All diese konkreten Beschwernisse sollten natürlich alle, die sich mit den Themen wissenschaftlich und theoretisch befassen, auch einmal ganz praktisch zur Kenntnis nehmen – im persönlichen Gespräch mit Soldatinnen und Soldaten zum Beispiel. ◂◂

Hellmut Königshaus

Jahrgang 1950, war seit 1980 als Richter tätig und wurde 1985 Mitglied der FDP. Von 2004 bis 2010 gehörte der Oberleutnant der Reserve dem Deutschen Bundestag an und ist seit dem 20. Mai Wehrbeauftragter des Bundestags.

Foto: Bundeswehr/Sebastian Wilke

Ein historisches Datum: Mit 303 von 552 Stimmen beschloss der Bundestag am 17. Juni 2010 die Verkürzung der Wehrpflicht von neun auf sechs Monate. Ein letztes Provisorium vor ihrer Aussetzung.

Stimmen aus dem Hohen Haus

Die Abgeordneten im Deutschen Bundestag sind es, die Debatten, vor allem über Sicherheit, von Berufs wegen führen müssen. Fünf der Parlamentarier denken im *ADLAS* über die sicherheitspolitische Diskussion der letzten 25 Jahre in Deutschland nach. Angesichts der zahlreichen gegenwärtigen und vergangenen Herausforderungen zeichnen sie nur eine Skizze – aber immer ganz persönlich, wie die unterschiedlichen Perspektiven und Erlebnisse zeigen. Mit Rückblicken auf »revolutionäre« Zeiten, die Rollen von Verfassungsrichtern und islamistischen Terroristen, und nicht zuletzt »Sündenfälle« auf dem Balkan spiegeln die Beiträge die Individualität der sicherheitspolitischen Debatte wider.

Mehr als jede neue Nato-Strategie hat die Wendezeit von 1989 bis 1991 deutsche »Sicherheitspolitik« auf den Kopf gestellt – weil die Erinnerung an diese revolutionäre Zeit für viele so persönlich geprägt ist.

von Hans-Peter Bartels

▸▸ Zu meiner letzten Wehrübung wurde ich Ende September 1988 einberufen – es passte mir gut, weil meine erste feste Anstellung nach dem Studium als Redakteur einer politischen Wochenzeitung durch den Konkurs des Zeitungsverlages schon wieder beendet war. 1988, im letzten »normalen« Jahr dieses ungeheuerlichen, vertrauten Zustandes der Systemkonfrontation und der Weltenteilung, Kalter Krieg genannt, passierte aus meiner Sicht sicherheitspolitisch nichts Besonderes mehr. Die Regierung in Kiel hatte gewechselt, das war damals ein einschneidendes Ereignis. Ein Jahr zuvor hatten US-Präsident Reagan und der Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, schon die Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen in Europa rückgängig gemacht: Beide Seiten verzichteten auf ihre nuklearen »foreward based systems«: auf SS-20, Cruise Missiles und Pershing II. Glasnost, Perestroika und Abrüstung, ein bisschen Tauwetter – so hätte der Kalte Krieg noch dreißig Jahre weitergehen können. **Mit dem Dritten Weltkrieg rechnete ernsthaft niemand mehr.**

Der 9. November 1989 gehört zu jenen Tagen, von denen wohl fast jeder noch weiß, wer einen wann über das Ereignis informiert hat und was man dann tat – wie auch der 11. September. An jenem Novemberabend – ich war von einer Veranstaltung gerade nach Hause gekommen – rief eine Freundin an, erkennbar aufgewühlt: »Mach den Fernseher an!« Nur dieser Imperativ. Du wirst schon sehen! Und dann: Nächtliche Bilder von den innerdeutschen Grenzübergängen, durch heruntergekurbelte Trabbi-Fenster in die Mikrofone der Fernsehleute immer wieder das eine Wort, das in der Nacht zum Synonym für den unaussprechlichen Begriff Freiheit wurde: »Wahnsinn!« Das halbe Jahr friedlicher Revolution in der DDR, von den ersten Botschaftsflüchtlingen und den Montagsdemos über Neues Forum, SDP-Gründung und die ersten Runden Tische bis zum Sturm auf die Stasi-Zentrale im Januar 1990 – **dieses halbe Jahr bedeutet »sicherheitspolitisch« hundert Mal mehr als jede neue Nato-Strategie.**

Das Datum des Anfangs vom Ende dieser Umbruchphase kann ich mir ebenfalls noch merken; es ist der Tag, an dem meine Tochter zur Welt kam, der 19. August 1991: Alt-Kommunisten und Militär in der Sowjetunion putschten gegen Gorbatschows Politik der neuen Freiheiten. Der sowjetische Präsident wurde auf der Krim gefangengesetzt, Panzer rollten auf Moskau. Zum Helden dieser Stunde stieg Boris Jelzin auf, der mit loyalen Truppen das Regierungsviertel verbarrikadierte. Unvergessen die Fernsehbilder, die ihn in Lenin-Pose zeigen: Auf dem Geschützturm eines Panzerwagens stehend spricht der russische Präsident zu den Soldaten. Der Putsch brach zusammen, die Verantwortlichen wurden verhaftet, die KPdSU verboten, die Sowjetunion aufgelöst. Die Blockkonfrontation hatte aufgehört zu sein. ◂◂

Foto: Büro Bartels

Hans-Peter Bartels, *SPD, ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags für den Wahlkreis Kiel. Er ist stellvertretender verteidigungspolitischer Sprecher seiner Fraktion und Mitherausgeber der* Berliner Republik.

Richter und Terroristen haben die Debatte über Sicherheitspolitik im wiedervereinten Deutschland entscheidend beeinflusst.

von Elke Hoff

Prägend für die aktuelle sicherheitspolitische Diskussion in Deutschland waren aus meiner Sicht zum einen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den AWACS-Einsätzen zur Überwachung des Luftraums über dem ehemaligen Jugoslawien vom 8. April 1993, zum anderen die Terroranschläge des 11. September 2001. Die erfolgreiche Demokratisierung Osteuropas, die in der Wiedervereinigung Deutschlands ihren Höhepunkt fand, beendete schlagartig die Konfrontation zwischen Nato und Warschauer Pakt. Der Kalte Krieg ging zu Ende, der Kommunismus war gescheitert. **Die Zukunft sah vielversprechend aus** und einige bejubelten sogar schon das »Ende der Geschichte« – aber die Realität war eine andere. Saddam Hussein marschierte 1991 in Kuwait ein und 1992 schickte das wiedervereinte Deutschland erstmals Soldaten nach Somalia. Doch insbesondere die Entscheidung des Verfassungsgerichts über eine Beteiligung der Bundeswehr an friedenserhaltenden Einsätzen auf dem Balkan bestimmte in Deutschland ab 1993 die kontroverse politische Diskussion. Sie begründete auch den inzwischen breit anerkannten Parlamentsvorbehalt für die Entsendung unserer Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätze. Dieser Vorbehalt bestimmt seither die sicherheitspolitische Debatte im Vorfeld einer Mandatserteilung oder Mandatsverlängerung für die Bundeswehr.

Vor diesem Hintergrund stellte der 11. September 2001 eine weitere Zäsur für die deutsche Sicherheitspolitik dar. Nach den Anschlägen in New York und Washington wurde erstmals der Bündnisfall aufgrund Artikel Fünf des Nato-Vertrages beschlossen. Am 22. Dezember 2001 entschied der Bundestag, deutsche Soldaten an einem Nato-Einsatz in Afghanistan zu beteiligen, auf der Grundlage eines UN-Mandates und auf Bitten der afghanischen Regierung. Mit der Übernahme der Verantwortung für ein sogenanntes »Wiederaufbau-Team« in Kunduz im Jahr 2003 sahen viele Beobachter eine Wiederholung des deutschen militärischen Engagements auf dem Balkan voraus. Doch ab dem Jahr 2006 verschlechterte sich die Sicherheitslage in Afghanistan, und die Nato veränderte ihre strategische Ausrichtung.

Heute stehen Bundeswehrsoldaten täglich im Gefecht mit Aufständischen. Deutschland beklagt gefallene Soldaten und **inzwischen gehört der Begriff »Krieg« wieder zum Sprachgebrauch**. Dieser Prozess hin zu einer realistischen Einschätzung des Einsatzes in Afghanistan war lang und schwierig. In Zukunft stehen Themen wie die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Sicherung von Handelswegen, der Schutz von kritischer Dateninfrastruktur oder der Umgang mit globalen Finanzkrisen nur beispielhaft für eine Vielzahl von Herausforderungen an staatliche Sicherheit. Deshalb muss die Debatte über Sicherheitspolitik in einer immer komplexer vernetzten Welt ständig erneuert und fortgeführt werden, damit Deutschland seine Interessen und damit seine Freiheit und seinen Wohlstand sichern und erhalten kann.

Foto: Herbert Piel

Elke Hoff *ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags für die FDP Rheinland-Pfalz und seit 2009 sicherheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.*

In Zeiten asymmetrischer Gefahren muss sich das deutsche Parlament anpassen und einen zentralen Beitrag zur sicherheitspolitischen Kommunikation leisten.

Foto: Deutscher Bundestag/H.J. Müller

von Roderich Kiesewetter

Karl Jaspers hat einmal gesagt: »Frieden ist nur in Kooperation, nie in Konfrontation.« Bei aller Freude an zugespitzten Formulierungen, zeichnet unsere deutsche sicherheitspolitische Debatte im Ganzen Übereinstimmung in den Grundlinien aus. Vielleicht gab es deshalb in den vergangenen Jahrzehnten nur in wenigen Fragen, wie zum Beispiel beim Nato-Doppelbeschluss, deutlichen Dissens in der gesellschaftlichen Debattenkultur. Mein Eindruck ist aber auch, dass der offensichtlich gesicherte Wohlstand das erforderliche harte Ringen um Frieden und Freiheit in den Hintergrund drängt. Für die Zukunft ist es deshalb besonders wichtig, sicherheitspolitische Trends frühzeitig zu erkennen und in die Diskussion zu bringen.

Dabei sind unsere politischen Interessen vor jedem Engagement zu bewerten und auch während der Friedenseinsätze laufend zu überprüfen. Nicht in jedem Fall ist eine deutsche Beteiligung erforderlich. Bei allen Einsatzüberlegungen sollte von Beginn an eine integrierte Kommunikationsstrategie mitgedacht werden, die differenziert an die eigene Bevölkerung, internationale Gemeinschaft und die Öffentlichkeit im jeweiligen Einsatzgebiet gerichtet ist. Insbesondere die eigene Bevölkerung ist, vorzugsweise in einem gesamtgesellschaftlichen Dialog, frühzeitig über die Ziele und Instrumente des deutschen Engagements zu informieren und über die Chancen und erst recht Risiken aufzuklären.

In der Bundesrepublik ist das die genuine Aufgabe des Parlaments. Der Bundestag hat nicht nur den Willen des Volkes zu vertreten und die Regierung zu kontrollieren. Indem Abgeordnete helfen, Entscheidungen zu erläutern und Fortschritte zu kommunizieren, tragen sie letztendlich auch zur Legitimation bei: der gemeinhin gehegten Auffassung in der Bevölkerung, dass die Regierung Unterstützenswertes leistet. **Im Bundestag sollte rasch mit einer Diskussion unserer sicherheitspolitischen Interessen begonnen werden, um damit eine gesamtgesellschaftliche Debatte anzuregen.** Das Weißbuch aus dem Jahr 2006 sollte von der Bundesregierung künftig jährlich fortgeschrieben werden, nicht zuletzt um diese Debatte zu fördern. Im Rahmen des Haushaltsbewilligungsrechts können die Abgeordneten jährlich prüfen, ob die jeweiligen Einsätze der »Parlamentsarmee« im nationalen Interesse liegen.

Schließlich wäre es auch dem Bundestag möglich, sich selbst besser zu organisieren: Analog zum Stabsaufbau im Kanzleramt könnte auch die Ausschussorganisation des Parlaments entsprechend angepasst werden, um einsatzbezogene, übergreifende Ausschussarbeit leisten zu können. Damit bliebe der Bundestag auf der Höhe der Zeit und könnte den hohen Anforderungen an »operative« Außenpolitik im beschleunigten Zeitalter der Globalisierung und asymmetrischer Gefahren gerecht werden.

Roderich Kiesewetter *ist seit 2009 Bundestagsabgeordneter für die CDU Baden-Württemberg und unter anderem stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung.*

Der islamistische Terror in Algerien beherrschte in den 1990ern auch hierzulande oft die Schlagzeilen. Es lohnt sich, zurückzublicken – auf diesen Fall, der heute nahezu vergessen ist.

Foto: Stefan Kaminski

von Omid Nouripour

Besonders in der aktuellen Diskussion um die Gefahr des internationalen Terrorismus mit islamistischer Motivation ist das Beispiel Algerien lehrreich. Ende 1991 gewinnt bei den ersten wirklich freien Parlamentswahlen der algerischen Geschichte die islamistische »Islamische Heilsfront« (FIS), im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Die Armee annulliert kurze Zeit später die zweite Runde der Wahlen, die für Januar 1992 vorgesehen waren. Es beginnt ein Kreuzzug gegen die FIS, mit massenhaften Internierungen und Verhaftungen der FIS-Anhänger. Der Notstand wird verhängt und Bürgerrechte außer Kraft gesetzt.

Die Radikalisierung lässt nicht lange auf sich warten: Es entwickelt sich ein bewaffneter Arm der verbotenen FIS. Der Bürgerkrieg dauert rund zehn Jahre und kostet, die Angaben schwanken deutlich, zwischen 60.000 und 200.000 Menschen das Leben. Der radikale Islamismus hat auch über den Krieg hinaus noch eine Basis in Algerien. Verschiedene Gruppen bilden sich, die schließlich in die Al-Qaida-Filiale »des islamischen Maghreb« münden.

Wir können aus der Geschichte Algeriens mehrere Lektionen ziehen: Zum einen müssen wir lernen, dass auch konservative islamische Kräfte, sofern nicht militant, im Zweifel nicht aus einem demokratischen politischen System ausgeschlossen werden sollten. Wenn die FIS tatsächlich an die Regierung gekommen wäre, stünden die Chancen nicht schlecht, dass sie heute entweder abgewählt oder demokratisiert wäre. Das heißt damit auch, dass demokratische Strukturen mit allen ihren Instanzen ernst genommen werden müssen. Hat man sich entschieden, eine Gruppierung zur Wahl zuzulassen, muss man auch das Ergebnis akzeptieren.

Die möglichen Konsequenzen konservativer Regierungspolitik sind in aller Regel deutlich weniger gravierend als ein Bürgerkrieg wie in Algerien: Er stürzte das Land in jahrelange Instabilität und bereitete einer Zelle des internationalen Terrorismus den Boden, die jetzt auch Europa im Visier hat. Dieser Terrorismus, und das ist die andere Lehre, betrifft alle, und nicht nur den sogenannten Westen. Seine Opfer sind sogar in großer Überzahl Muslime selbst. Der Kampf gegen ihn ist kein Kampf gegen den Islam, sondern findet auch im Sinne der überwältigenden Mehrheit der friedliebenden Muslime statt.

Sicherheitspolitik, so das Fazit, heißt deshalb auch, mit den Mitteln der auswärtigen Politik auf die nachhaltige Durchsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien hinzuwirken. Algerien ist ein wenig beachtetes Beispiel, das Fehler illustriert, wie sie auch in vielen anderen derzeitigen Krisengebieten begangen wurden, mit der jahrelangen Unterstützung radikaler Kräfte in Afghanistan und Irak beispielsweise. Wir haben heute die Gelegenheit, diese Fehler zu vermeiden und in den *failing* und *failed states* der Gegenwart eine weitsichtigere Politik zu betreiben.

Omid Nouripour *ist seit 2006 Abgeordneter im Deutschen Bundestag und wurde 2009 sicherheitspolitischer Sprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.*

Die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg war ein sicherheitspolitischer »Sündenfall«. Eine aufrichtige Analyse der Auslandseinsätze der Bundeswehr erfolgt seither kaum noch.

von Jan van Aken

Rund 7.000 deutsche Soldaten befinden sich zurzeit weltweit im Einsatz: unter anderem in Afghanistan und auf dem Balkan, am Horn von Afrika und vor der Küste des Libanon. Der Einsatz der Bundeswehr rund um den Globus ist alltäglich geworden – ihrem Verfassungsauftrag als Verteidigungsarmee zum Trotz. Mit erschreckender Routine greift die deutsche Politik inzwischen zu den Waffen. Der Bevölkerung werden die Militäreinsätze häufig als alternativlos verkauft. Eine wirkliche Analyse der Konfliktursachen – einschließlich des deutschen Beitrags zur Entstehung mancher Konflikte – und eine Suche nach alternativen Lösungswegen findet kaum statt. Das findet seinen Niederschlag auch in den Debatten, die ich mit jungen Leuten bei verschiedensten Gelegenheiten führe. Sie stellen meist nicht mehr infrage, ob die Bundeswehr überhaupt im Ausland eingesetzt werden sollte. Sie fragen höchstens noch, ob denn dieser oder jener Einsatz der Bundeswehr sinnvoll sei. Damit aber hat sich die Diskussion seit der Wiedervereinigung um 180 Grad gedreht.

Den Wendepunkt markiert die Entscheidung der rot-grünen Bundesregierung 1999, sich am völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg zu beteiligen. Dieser Sündenfall ist für mich das sicherheitspolitische Schlüsselereignis der beiden letzten Jahrzehnte. Sowohl die SPD als auch – und vor allem – die Grünen brachen damals mit ihren pazifistischen Traditionen. Sie haben entscheidend dazu beigetragen, dass Krieg wieder zum Mittel deutscher Politik geworden ist. Ein Paradigmenwechsel, der tief in die Gesellschaft hineinwirkt.

Die Bilanz deutscher Militäreinsätze im Ausland ist niederschmetternd: Die Taliban sind nicht geschlagen, sondern bekommen durch den fortdauernden Krieg nur noch mehr Zulauf. Mittlerweile geht es nur noch darum, wie sich die Nato möglichst gesichtswahrend aus dem Land zurückziehen kann. Während deutsche Kriegsschiffe vor dem Libanon auf und ab fahren, hat sich die Hisbollah nach dem Krieg von 2006 auf dem Landweg wieder bewaffnet. Am Horn vom Afrika werden weiter Schiffe gekapert, weil sich an den Ursachen der Piraterie nichts geändert hat.

Es ist höchste Zeit, der sicherheitspolitischen Debatte eine erneute Wendung zu geben: eine Wendung zurück in die Zukunft. Rückbesinnung auf die militärische Selbstbeschränkung der Bonner Republik und die Devise, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Vorausdenkend und vorausschauend bei der zivilen, kreativen und nachhaltigen Bearbeitung von Konflikten an ihren Wurzeln, die durch ein Sicherheitskonzept derzeit noch allzu oft verhindert wird, das auf militärische Kategorien verengt wurde. Sicherheit ist ohne Gerechtigkeit nicht zu haben. Nur eine deutsche Außenpolitik, die sich auch in ihren Mitteln dem Frieden verpflichtet, kann dazu beitragen, die Welt sicherer zu machen.

Foto: Büro van Aken

Jan van Aken *ist seit 2009 für DIE LINKE aus Hamburg Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Fraktionsvorsitzender.*

Foto: Bundeswehr/Detmar Modes

Objekt des freundlichen Desinteresses: deutsches Militär im Einsatz. Über 7.000 Soldatinnen und Soldaten stehen inzwischen »im Feld«, davon 1.400 allein im Kosovo. In der Heimat erwartet die Bundeswehr nun auch den größten Umbruch ihrer Geschichte, das Ende der Wehrpflicht.

Lohnt sich Engagement in der Sicherheitspolitik?

von Max Bornefeld-Ettmann

Musizieren zu lernen ist wie zu lernen, eine neue Sprache zu sprechen. Ähnlich verhält es sich mit ehrenamtlichem Engagement. Man kann selbstbestimmt Erfahrungen machen, Teil eines Netzwerks werden und im Team arbeiten. Das passt gut in eine moderne Patchwork-Karriere und ermöglicht das Hineinwachsen in ein Betätigungsfeld, in dem sich persönliches Interesse und individuelles Geschick ergänzen.

Engagement im Politikfeld Außen- und Sicherheitspolitik bedeutete im Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen an erster Stelle immer den Austausch mit Gleichgesinnten. Es gab uns die Möglichkeit, eigene thematische Schwerpunkte zu setzen, verschiedene Veranstaltungsformate zu entwickeln und Ideen zu Papier zu bringen. Zu Beginn hatten wir noch ein Oberthema für ein Jahr, wie etwa »Sicherheitspolitik und Technologie«. Dann haben wir nur noch Schwerpunktthemen benannt – zum Beispiel Sicherheitssektor-Reform oder eine nationale Sicherheitsstrategie –, die wir in den verschiedenen Veranstaltungsformaten und Publikationen thematisiert haben. Gleichzeitig waren wir natürlich auch getrieben von den sicherheitspolitischen Entwicklungen oder von institutionellen Verschiebungen innerhalb unseres Verbandes, im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, in der Bundeswehr selbst oder im transatlantischen Sicherheitsgefüge.

Sicherheitspolitische Arbeit hieß für uns Arbeiten im Netzwerk. Innerhalb des Bundesverbands ebenso wie innerhalb des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und im Gefüge von Institutionen und Verbänden. Dabei gab es Natürliche Partner, Strategische Partner und solche, mit denen eine Partnerschaft zunächst einmal einer gründlichen Prüfung unterzogen wurde. Arbeiten im Netzwerk heißt auch, Sensibilität für die möglichen Ambivalenzen eigener Aussagen in der Öffentlichkeit zu entwickeln und sich durch Fachwissen und Professionalität von möglichen (partei-)politischen Konnotationen positiv abzusetzen. Wer etwa vor akademischem Publikum begeistert vom »Schießen mit Kriegswaffen« berichtet, sollte sich nicht in der Sicherheitspolitik umtun, sondern wohl besser bei den Sportschützen sein Glück versuchen.

In der ehrenamtlichen Arbeit haben wir im Team Gedanken und Projekte entwickelt. Wir haben zusammengearbeitet oder uns gegenseitig unterstützt. Wer meinte, er kann alles alleine schaffen, war meist auf dem Holzweg. Natürlich muss man erst lernen, anderen preiszugeben, wie man arbeitet oder welche Grundeinstellungen man hat. Aber es zahlt sich aus. Schließlich entstehen Vertrauen und Freundschaft.

Foto: Universität der Bundeswehr Hamburg

Selbst hier mangelt es an Debatte: Ein bundeswehrgemeinsames Bewusstsein zu schaffen – das hat die Strukturkommission den Hochschulen der deutschen Streitkräfte ins Stammbuch geschrieben.

Aktuelle Entwicklungen gilt es zu begleiten, zu kommentieren, neue Ideen zu entwickeln und diese zu implementieren.

Sicherheitspolitik ist das Stiefkind der deutschen Politik. Es ist ein Allgemeinplatz, dass es in Deutschland keine *strategic community* gibt. Gleichwohl gibt es Institutionen, Organisationen und Vereinigungen, die sich mit sicherheitspolitischen Fragen befassen. Nun ist es natürlich nicht so, dass in diesem Politikfeld in den letzten zwanzig Jahren nichts passiert ist. Augenblicklich sieht es zwar sehr nach Revolution aus – aber die Evolution der letzten Jahre war schon sehr spannend.

Der Vertrag von Lissabon ist letztes Jahr in Kraft getreten, gerade hat sich die Nato am selben Ort ein neues Strategisches Konzept gegeben und augenblicklich findet eine überfällige Verteidigungsreform in Deutschland statt. Diese Entwicklungen gilt es zu begleiten, zu kommentieren, neue Ideen zu entwickeln und diese zu implementieren. Privat- und Sozialleben, ehrenamtliche und berufliche Tätigkeiten ergänzen sich. Sicherheitspolitisches Engagement hat sich gelohnt und lohnt sich noch immer! ◂◂

Max Bornefeld-Ettmann *hat sich von 2003 bis 2008 im Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen engagiert. Er arbeitet im Politikfeld Außen- und Sicherheitspolitik.*

ADLAS
Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist das überparteiliche, akademische Journal des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) und ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen.

Der *ADLAS* erscheint quartalsweise und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber
Michael Seibold
Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion
Michael Seibold (msei) (V.i.S.d.P.),
Wolfgang Alschner (wal), Sebastian Hoffmeister (hoff),
Marcus Mohr (mmo), Daniela Otto (dot), Stefan Stahlberg (sts)

Autoren
Hans-Peter Bartels, Max Bornefeld-Ettmann,
Ludwig Eickemeyer, Elke Hoff, Roderich Kiesewetter,
Omid Nouripour, Jan van Aken

CvD und Layout
Marcus Mohr

Dank
Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr,
Wilhelm Schreieck

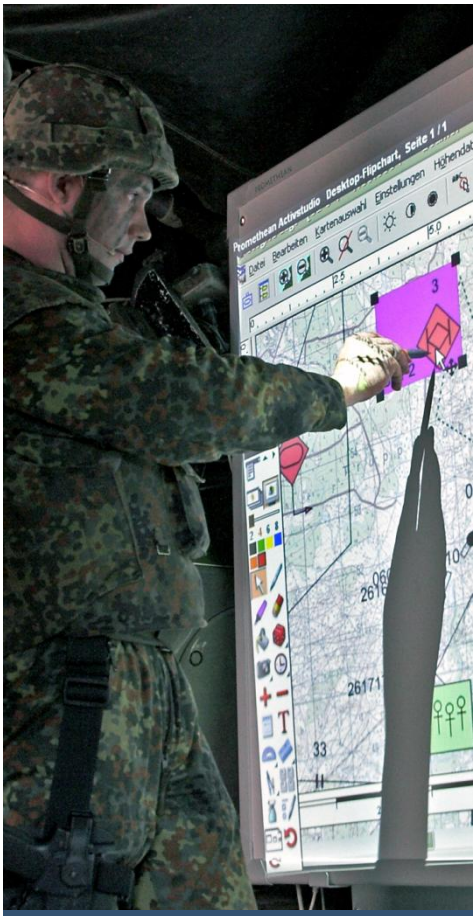
Copyright
ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich, sie geben aber nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. Unterstützt wird der BSH durch seine Mutterorganisation, den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr.

Weitere Informationen zum BSH und seinen Arbeitsgruppen gibt es unter www.sicherheitspolitik.de



Ausgabe 1/2011

SCHWERPUNKT

Umbau der Streitkräfte

Neue Armeen für neue Kriege?

Wissenschaft
zu Deutsch!
ADLAS
Damit das Studium keine Einbahnstraße bleibt.
Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik
BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN BSH
ADLAS freut sich immer über neue Autoren.
Interessiert?
Einfach die Redaktion fragen: adlas@sicherheitspolitik.de